

Aus du soll wieder Du werden

Deutsche Kultusminister beschließen Änderungsvorschläge der Rechtschreibreform - Österreich zieht nach, Schweiz wartet ab

Berlin - Auf Deutschlands Schüler kommen zum 1. August nochmals neue Rechtschreibregeln zu. Nach heftiger Kritik aus nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen entschärften die Kultusminister der Länder die Reform der deutschen Rechtschreibung von 1998, die 2005 verbindlich geworden war. Sie folgten mit ihrem Beschluß den Empfehlungen des Rates für Deutsche Rechtschreibung.

Die Änderungen betreffen die Groß- und Kleinschreibung, die Getrennt- und Zusammenschreibung, die Zeichensetzung und die Worttrennung am Zeilenende. Während einer einjährigen Übergangsfrist sollen die Neuerungen bei der Notengebung noch nicht berücksichtigt werden. Formal müssen noch die Ministerpräsidenten den Änderungen zustimmen, was aber als sicher gilt.

Die Minister bezeichneten die Änderungen als gute und tragfähige Grundlage für die Fortentwicklung der Rechtschreibung. Zugleich äußerten sie die Hoffnung, daß auch die bisher kritisch eingestellten Teile der Öffentlichkeit die Nachbesserungen als Konsensangebot verstehen und die jetzt gültigen Regeln und Schreibweisen übernehmen. Insbesondere appellierten sie an alle Verlage und Publikationen, sich dem im Interesse der Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung anzuschließen.

Die Empfehlungen des Rechtschreibrats zielen darauf ab, dem Sprachakzent als Schreibhilfe wieder eine stärkere Bedeutung zu geben. So soll je nach sprachlicher Betonung entweder "frei sprechen" ("Nicht jeder Politiker kann frei sprechen") oder "freisprechen" ("Der Richter wird den Angeklagten freisprechen") geschrieben werden können. Dies solle auch für Fremdwörter wie New Economy oder Mountainbike gelten. Außerdem soll bei der Anrede "du" in Briefen wieder zur Großschreibung zurückgekehrt werden können, was von vielen Seiten gefordert worden war. Zudem soll bei feststehenden Begriffen künftig mehr Großschreibung möglich sein.

Die Schweiz will erst nach einer eigenen Bewertung der deutschen Beschlüsse zur Änderung der Rechtschreibreform über eine Übernahme entscheiden. "Dann werden wir beschließen, welche Regeln wir übernehmen und bei welchen wir Wert darauf legen, daß Abweichungen möglich sind", sagte der Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Hans Ulrich Stöckling. Dafür sei ein ausführliches Anhörungsverfahren vorgesehen. Bisher sei die Schweizer Seite über die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung, in dem Vertreter aller drei Länder sitzen, nicht offiziell informiert. Diese Kommunikation sei nicht glücklich. Trotz des früheren Beschlusses in Deutschland sei es bei genügend langen Übergangsfristen aber möglich, daß Neuerungen koordiniert wirksam würden. "Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Änderungen ab morgen in den Schulen gelten", sagte Stöckling. Es sei aber auch kein Unglück, wenn in der Schweiz eine gewisse Zeit verschiedene Schreibweisen nebeneinander bestehenblieben. In Wien hieß es, Österreich werde die Änderungen an der Rechtschreibreform komplett übernehmen. Im Ministerium und in den Bundesländern würden die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgeschlagenen Korrekturen zwar noch diskutiert, sagte Ronald Zecher vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Voraussichtlich würden die korrigierten

Regeln aber ab dem kommenden Schuljahr an den österreichischen Schulen gelten. Es werde jedoch eine Übergangsfrist von einem Jahr gelten.

Nach der Änderung der umstrittenen Rechtschreibreform soll am 22. Juli eine neue Duden-Ausgabe in den Buchhandel kommen.

Mit der Entscheidung der Kultusminister werde die von ihr seit Jahren geforderte Sicherheit in Fragen der Orthographie wiederhergestellt, teilte die Duden-Redaktion in Mannheim mit. Die Rechtschreibreform könne damit als abgeschlossen betrachtet werden. *DW*

Artikel erschienen am Fr, 3. März 2006